

**Reformen möglich machen:
Für eine Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land**
Vortrag von Bischof Dr. Josef Homeyer
bei den Berlin-Brandenburger Gesprächen
am 27.10.2003 in Potsdam

vor fünf Jahren hielt der damalige Bundespräsident seine vielzitierte „Ruck-Rede“. Unter den vielen Problemen, die *Herzog* damals gemeint hat, sind mindestens zwei geblieben: der Sozialstaat und die Debatte über den Sozialstaat. Der Sozialstaat ist in ökonomisch so schweres Fahrwasser geraten, dass sein Bestand vielen als gefährdet erscheint. Und die *Debatte* über den Sozialstaat zeigt nicht nur ökonomische, sondern auch politische Fehlstellungen in diesem Land an.

Lassen Sie mich das zunächst erläutern:

I. Einleitung: Der Sozialstaat – nicht nur ein finanzielles Problem

Verfolgt man die öffentliche Debatte um den Sozialstaat, so scheint mir eine „geheime“ Botschaft besonders fatal zu sein: Es entsteht nämlich in Teilen der Öffentlichkeit der Eindruck: Mit dem Sozialstaat der 70er und 80er Jahre sei eigentlich alles in Ordnung gewesen, nur wir haben zur Zeit leider etwas weniger Geld, um ihn zu finanzieren. Sind im nächsten Aufschwung erst einmal die Einnahmen verbessert, sollten wir wieder zu den alten Zuständen zurück. Die langfristige gesellschaftspolitische Perspektive des Sozialstaats wäre demnach: Wiederherstellung der alten Grundannahmen von Umverteilung und Fürsorge. Also noch einmal: Eigentlich war alles in Ordnung, wir haben nur derzeit zu wenig Geld.

Wenn *das* die politische Botschaft ist, dann diskutieren wir uns in die Depression von Geldmangel, von Einschnitten, von Verteilungskämpfen. Wenn *das* die Botschaft ist, bleiben wir in der Melancholie des „Wunders von Bern“, dann haben *Hans Eichel* und *Wolfgang Clement* jeden Tag schuld, weil mit jeder neuen Zahl, mit jedem harten Realitätskern so etwas wie die Vertreibung aus dem Paradies stattfindet.

Das kann nicht die Botschaft sein. Wir werden, und zwar aus ökonomischen Gründen, den Wohlfahrtsstaat der vergangenen Jahrzehnte faktisch nicht wiederherstellen *können*. Vor allem aber: Aus sozialem ethischen Gründen werden wir ihn auch nicht wiederherstellen *sollen*. Denn: Das System kollektiver Umverteilung hat nicht nur durch falsche Anreize die Kassen überfordert, es hat auch gesellschaftliche Kräfte nachhaltig geschwächt: nämlich die Kräfte der Eigenverantwortung, der Solidarität und der Gemeinwohlorientierung. Völlig zu Recht sprach man schon in den 90er Jahren von der „blockierten Gesellschaft“. Aus der Perspektive des christlichen Menschenbildes, das für die Soziale Marktwirtschaft vorausgesetzt ist, kann eine langfristige Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat nicht ange-

zielt werden. Wir brauchen nicht nur eine langfristige Politik, wir brauchen eine Politik, die die kritische Debatte mit vergangenen Fehlstellungen wagt. Wir brauchen eine Politik, die nicht nur sagt, es sei leider eben kein Geld in der Kasse, sondern eine Politik der offensiven Erneuerung der Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft.

Hierzu reicht es nicht aus, vom Paternalismus der beschützenden Hand zum Paternalismus des erhobenen Zeigefingers zu wechseln. Der Habermas-Schüler *Claus Offe* hat das überspitzt eine Politik des Tugendtrainings genannt, die von Dosenpfand über Mülltrennung bis zu ständigen Ermahnung zu mehr Eigenverantwortung reicht. So richtig diese Politik aber im einzelnen auch ist, ich habe ja für eine Erneuerung gesellschaftlicher Verantwortung und Solidarität plädiert: Diese gesellschaftspolitischen Appelle dürfen nicht davon ablenken, dass die Politik selber ihre *Strukturen* erneuern muss, statt von einem Paternalismus der beschützenden Hand zu einem Paternalismus des erhobenen Zeigefingers zu mutieren. Das Gemeinwohl ist eine gesellschaftliche Herausforderung, aber es ist ebenso eine Herausforderung an die Politik.

Bekommen erinnert man sich ja manchmal an *Hermann Lübbes* Ausspruch aus der Bielefelder Normendiskussion in den 70er Jahren: „Demokratie ist nicht zum Diskutieren da, sondern zum Entscheiden.“ Daran ist manches falsch, aber eins richtig: Demokratie braucht nicht nur Legitimation, sie braucht auch Effizienz, also die Fähigkeit zu zeit- und sachgerechten *Entscheidungen*. Allerdings: Entscheidungen, Neujustierungen müssen langfristig angelegt sein. Also: Effizienz und Qualität in Sinne langfristiger Ausrichtung.

Wir haben derzeit nicht nur eine ökonomische Krise, wir haben nicht nur eine gesellschaftspolitische Krise, wir haben auch eine politische Krise. Wenn wir Reformen des Sozialstaats möglich machen wollen, brauchen wir mehr *politische Effizienz*.

II. Politische Reformbarrieren

Damit komme ich zum Hauptpunkt: Die *politischen* Reformbarrieren in unserem Land. Nämlich:

Vier Reformbarrieren sind vor allem zu nennen:

1. Das Problem des Korporatismus und die Dominierung von Partikularinteressen.

Im internationalen Vergleich gilt das politische System der Bundesrepublik als stark korporatistisch geprägt. Das heißt, die Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen werden vorzugsweise über einflussreiche Verbände und ihre Vertreter an die Politik herangetragen. Diese über Jahrzehnte gewachsene Struktur der Machtverhältnisse hat sich für die Lösung vieler Probleme als durchaus effektiv erwiesen. Es ist für den Zusammenhalt einer pluralistischen, modernen Gesellschaft unverzichtbar, dass sich in ihr Gruppen organisieren, sich in der Öffentlichkeit repräsentieren und ihre Interessen in den politischen Prozess einbringen können. Dies birgt jedoch in besonderer Weise das Risiko, dass in den politischen Auseinandersetzungen leichter organisierte, verbandlich definierte Partikularinteressen weit nachhaltiger zur Geltung kommen als die weniger gut organisierbaren Interessen, obwohl diese in die Definition des „Gemeinwohls“ mindestens genauso eingehen müssten: man denke an die Interessen von Kindern und Familien, an die Interessen von Arbeitslosen oder Obdachlosen. Die Dominanz von partikularen Interessen

hat ihre Ursache vor allem darin, dass das soziale Zuteilen – oder noch wichtiger: das Nicht-Wegnehmen (das Versprechen, dass zwar vieles besser, aber wenig anders wird) – ein äußerst wirksames Mittel im Wettbewerb um den Wähler ist. Dabei werden die Interessen von unorganisierten Gruppen vernachlässigt und diejenigen Interessen bevorzugt, deren Wahrnehmung eine berechenbare Wählerreaktion erwarten lassen. Die Konsequenz ist der Vorrang von partikularen Interessen vor einer integralen Betrachtung, der Vorrang des Bestehenden vor dem Künftigen, der Interessen von heute vor den Interessen von morgen und übermorgen – letztlich der Vorrang der Gegenwart vor der Zukunft

2. Die Verengung der Sozialpolitik auf Verteilungspolitik

Als Konsequenz des herrschenden Korporatismus werden in Deutschland alle sozialpolitischen Vorschläge primär unter Verteilungsgesichtspunkten wahrgenommen und diskutiert. Jeder Verband fragt sich zunächst, welche Konsequenzen bestimmte Reformvorschläge für ihn bzw. für seine Klientel haben und richtet seine Einstellung danach aus. Sozialpolitik gilt als Verteilungspolitik, während Produktivität und Wachstumsförderung als Aufgaben der Wirtschaftspolitik gelten. So bleibt die sozialpolitische Diskussion auf gegenwärtige Verteilungskonflikte fixiert, ohne absehbaren zukünftigen Entwicklungen ausreichend Rechnung zu tragen. Dabei wird übersehen, dass die Steigerung wirtschaftlicher Leistungskraft auch ohne zusätzliche Maßnahmen der Verteilung den ärmeren Bevölkerungsteilen ebenso zu gute kommen kann wie viele der sozialen Transferleistungen.

3. Bedenkliche Entwicklung des Föderalismus

Ein zentrales Hindernis für größere Reformen ergibt sich aus den politischen Strukturen in unserem Land. Die föderale Ordnung der Bundesrepublik ist mit guten historischen Gründen grundgesetzlich garantiert. Diese bundesstaatliche Ordnung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten jedoch auf eine Weise entwickelt, dass sie mehr und mehr notwendige Reformen verhindert, weil nur schwer handlungsfähige Mehrheiten zustande kommen: Obwohl die Zuständigkeiten grundsätzlich bei den Ländern liegen und der Bund nur in den ihm ausdrücklich durch die Verfassung zugewiesenen Bereichen tätig werden darf, haben sich die Kompetenzen zunehmend auf die Bundesebene verlagert - bei oftmals gleichzeitiger Vetomöglichkeit durch den Bundesrat. Zudem tragen die unterschiedlichen Rhythmen politischer Wahlen dazu bei, dass die Politik nahezu alle Jahre ins Wahlkampfieber gerät, was einer sachorientierten Politik nicht förderlich ist. So fixieren sich die politischen Auseinandersetzungen auf die jeweilige Aktualität und verdrängen eine Zukunftsorientierung des politischen Entscheidens. Die Krise des Sozialstaates wird zu einer Krise des politischen Systems.

4. Es mangelt am Blick auf das Ganze und auf eine integrale soziale Politik

Bei der Diskussion um die Ansprüche verschiedener Gruppen und ihrer Dringlichkeit, bei der Regelung der Ansprüche im Rahmen von Gesetzen und bei der Frage nach ihrer Finanzierung richten die Beteiligten ihre Aufmerksamkeit jeweils auf ihre Eigeninteressen. Diese Unterschiedlichkeit der Perspektiven ist für eine pluralistische Gesellschaft unverzichtbar. Allerdings bedarf es eines gemeinsamen Vorverständnisses über die zu lösenden Probleme vom Ganzen her und einer Verständigung von daher über gemeinsame Ziele. Reformprozesse bedürfen deshalb zunächst des

Ringens um eine klare Diagnose der zu lösenden Probleme und deren Wertung vom Ganzen her. Für derartige Auseinandersetzungen fehlt es in Deutschland an Foren, insbesondere wird das Parlament für die Sozialpolitik nicht hinreichend genutzt, um konträre Interessen möglichst auszugleichen.

Es gibt viele Reformkonzepte, doch fehlt es an der Fähigkeit, die Interdependenzen verschiedener Reformen, insbesondere zwischen verschiedenen Politikfeldern, sicher zu bestimmen. Die Voraussetzungen dafür, fundierte, langfristig orientierte Standpunkte jenseits der Partikularinteressen und Ressortperspektiven öffentlich zur Geltung zu bringen, sind ungünstig.

Im Bereich der wissenschaftlichen Infrastruktur fehlt es an leistungsfähigen Forschungseinrichtungen, es dominiert das wissenschaftliche Einzelkämpfertum. Viele Daten sind nur bei den sozialpolitischen Akteuren (zum Beispiel Sozialversicherungsträger, Sozialministerien, Finanzministerium) verfügbar und nicht allgemein zugänglich. Die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und die Sozialstatistik sind im Gegensatz zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und zur Wirtschaftsstatistik nur wenig entwickelt. Der Staat verfügt in der Wirtschaftspolitik über ein großes unabhängiges Forschungs-, Prognose- und Berichtspotenzial, das regelmäßig und konzertiert in die breite Öffentlichkeit hineinwirkt. Obwohl aber die Gestaltungsverantwortung des Staates im Bereich der Sozialpolitik weit unmittelbarer ist als im Bereich der Wirtschaftspolitik, fehlt es hier an einer vergleichbaren unabhängigen Forschungsinfrastruktur zur Bereitstellung von politikrelevantem Wissen.

Hinzu kommt dies: Vor allem Familien-, aber auch Bildungs- und Berufsbildungspolitik sind zukunftsorientierte produktivitätsförderliche Bereiche der Gesellschaftspolitik und müssen Teil einer vorausschauenden Sozialpolitik sein, die zu mehr Beteiligungsgerechtigkeit führt und einen Weg von der Alters- zur Nachwuchssicherung bahnt. Dies kommt jedoch in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen kaum zum Tragen. Kurzum: Es mangelt am Blick auf das Ganze und auf eine nachhaltige integrale soziale Politik.

Die entscheidende Frage lautet also: Wie kann das politische System befähigt werden, den Sozialstaat auf Dauer zu bewahren und angesichts neuer Herausforderungen beständig zu erneuern?

III. Einen sich verstetigenden Reformpfad beschreiten.

Wenn wir es also nicht nur mit einer blockierten Gesellschaft, sondern auch mit blockierter Politik zu tun haben, dann sollten politische Reformen zur Reformfähigkeit des Sozialstaats an der Spitze der Agenda stehen. Hierzu möchte ich drei Vorschläge machen, die geeignet, aber auch notwendig erscheinen, um einen sich verstetigenden Reformpfad zu ermöglichen und zu beschreiten:

1. Den Föderalismus stärken

Ein funktionierender Föderalismus fördert die Reformfähigkeit, weil er die auf den unterschiedlichen Ebenen Handelnden zu einem Wettstreit um die bessere Lösung führt. Der deutsche Föderalismus ist durch die enge Kompetenzverschränkung der unterschiedlichen Ebenen geschwächt. Zumindest fol-

gende zwei Reformen scheinen notwendig: Erstens sollten die Grenzen zwischen den Kompetenzen des Bundes und der Länder klarer gezogen und die Politikverflechtung verringert werden. Zweitens muss die Kompetenzverteilung zwischen Bundes- und Landesebene dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen. Sie sollte deshalb hinsichtlich der Möglichkeit einer stärkeren Dezentralisierung überprüft werden. Dann könnte es sich auch für die Landespolitik wieder lohnen, Landtagswahlen auf landespolitische Themen zu konzentrieren. Gewiss ist die Verschiebung der Gesetzgebungs- und finanzpolitischen Kompetenzen von den Ländern auf die Bundesebene in einer ausdifferenzierten Gesellschaft in vielen Fällen sachgerecht. Gegenwärtig wird allerdings im Namen des Postulats „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ die Reform- und Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaften allzu sehr eingeengt. Es fehlt an ausreichenden reformförderlichen Pluralismus auf der Länderebene.

2. Die staatlichen Institutionen in die Pflicht nehmen

Es gibt eine Reihe von staatlichen Institutionen, deren gesetzliche Aufgabe es ist, auch die soziale Entwicklung in den Blick zu nehmen und Reformen vorzubereiten und anzugehen. Das sind insbesondere der Bundestag und seine zuständigen Ausschüsse, aber auch das Statistische Bundesamt oder der Bundesrechnungshof. Diese Institutionen dürfen nicht geschwächt, sondern müssen zeit- und anforderungsgerecht gestärkt und verpflichtet werden, ihrer bereits bestehenden Aufgabe auch tatsächlich nachzukommen. Beispielsweise könnte der Bundesrechnungshof eine neue Rolle spielen, wenn er in gewissem Umfang prospektive Einschätzungen abgäbe, die den Bestand mit Alternativen abgleichen und konfrontieren

Dem Ziel, die staatlichen Einrichtungen in die Pflicht zu nehmen und zugleich zu befähigen, ein so langwieriges und komplexes Reformwerk wie den Sozialstaatsumbau konzeptionell und evaluierend durchzuhalten, dient der dritte Vorschlag.

3. Einen regelmäßigen Sozial-TÜV einführen

Einen regelmäßigen Sozial-TÜV einzuführen mit dem Ziel, einen sich verstetigenden Reformpfad zu ermöglichen und zu beschreiten. Dessen Aufgabe wäre:

a) die isolierte Wahrnehmung partikularer Interessen aufzubrechen und die Wahrnehmung, Darstellung und Bewertung in umfassende Zusammenhänge zu stellen (d. h. vor allem den Blick zu lenken auf nicht oder schwer organisierbare Belange, Interessen, die nicht die Aufmerksamkeit des politischen Systems finden, langfristige Perspektive, Interessen von morgen....)

b) den normativen Hintergrund („die übergeordneten Ziel- und Wertvorstellungen“ von Walter Eucken), die Zielkonflikte des Wohlfahrtsstaates und der Ordnungskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft offen zu legen, die Widersprüchlichkeiten von normativen Grundlagen offen zu legen, abzuwägen und zur Geltung zu bringen, zum Beispiel zwischen Verteilungsgerechtigkeit und Beteiligungsgerechtigkeit, zwischen Umverteilung (moralisch-sozialer Ausgleich) und Versicherungs/ Äquivalenzprinzip, zwischen Gleichheit (Moral) und Effizienz/ Rendite (Umverteilung ist meistens ineffizient), zwischen Absicherung und Anreizen.

Sowohl die breite Öffentlichkeit wie die Entscheidungsträger in Regierungen und Parlamenten sind darauf angewiesen, verlässliche und umfassende Kenntnisse über die soziale Lage in Deutschland, die Ursachen sozialer Probleme und die (erwünschten oder unerwünschten) Auswirkungen des Systems sozialer Sicherung zur Verfügung zu haben. Diese Informationen dürfen nicht zum Spielball partikularer Interessen werden. Die dafür notwendigen wissenschaftlichen Expertisen müssen allgemein zugänglich sein, bislang nicht oder zu wenig erforschte Probleme des Sozialstaates zum Thema machen und sachorientierte, möglichst unparteiische Analysen darstellen. Leider gibt es derzeit von staatlicher Seite kein Instrument, das diese für die weitere Entwicklung des Sozialstaats notwendigen Kenntnisse und Analysen bereitstellen würde.

Wäre es deshalb nicht sinnvoll, von einer interdisziplinär zusammengesetzten Sachverständigengruppe im Sinne nicht einer politischen Ad-hoc-Kommission sondern einer sozialen Dauerbeobachtung einen regelmäßigen „Sozial-TÜV“ erstellen zu lassen?

Dieser „Sozial-TÜV“ würde dem Zweck dienen, vorhandenes Wissen zusammenzutragen und zu bündeln, dadurch das Wissensdefizit zu reduzieren, Transparenz zu schaffen und die Diskussion fundiert auf Alternativen zuzuspitzen. Dadurch soll er als Grundlage für die notwendige öffentliche Diskussion dienen und zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke fördern, damit die gewonnenen Ergebnisse in politische Entscheidungsprozesse einfließen können. Dabei ist darauf zu achten, dass die Autoren dieses „TÜV-Berichts“ allgemein anerkannte wissenschaftliche und moralische Autoritäten sind, die nicht im Verdacht stehen, Partikularinteressen zu dienen. Dies würde die bestehenden staatlichen Institutionen stärken und es ihnen ermöglichen, auf dieser Basis langfristig tragende politische Entscheidungen zu treffen.

Ein „Sozial-TÜV“ hätte sich an vier Fragekomplexen zu orientieren:

Erstens: Heute erscheint nicht mehr die Verteilungsgerechtigkeit als das Hauptproblem, vielmehr müssen Wege eröffnet werden, um die Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit für alle zu stärken. Was bedeutet dies für die notwendigen Investitionen in den Bereichen Erziehung und Bildung, durch die sich der Einzelne die wichtigsten Zugänge zu gesellschaftlicher Beteiligung eröffnet? Wie kann in einer Zeit, in der Berufe nicht für eine Lebenszeit garantiert sind, sondern oftmals nur Einstiegsformen in den Arbeitsmarkt bieten, auch die dauerhafte und verlässliche Qualifikationspolitik (Lebenslanges Lernen für alle) ein Regelbestandteil von Sozialpolitik werden?

Zweitens: Der Sozialstaat kann nicht mehr „alles selber machen“. Sozialpolitik muss dem Einzelnen und den gesellschaftlichen Kräften mehr Raum geben. Dazu wird die Grenze zwischen einem solidarisch abgesicherten klaren Gewährleistungsrahmen für alle und dem Bereich der Eigenverantwortung neu zu ziehen sein. Wurde bisher in steigendem Maße auch im Bereich mittlerer Einkommen der jeweils erreichte Lebensstandard abgesichert, so wird es zunehmend erforderlich, die Lebenslagen und -risiken enger zu definieren, für die eine solche Sicherung notwendig ist. Wie aber ist die Natur beziehungsweise die Höhe einer solchen, für ein menschenwürdiges Leben ausreichenden, rechtlich garantierten Grundsicherung für alle zu definieren? Wie können die Gerechtigkeitsprobleme, die typischerweise mit dem Übergang von dem einen zum anderen Sicherungsmodell verbunden sind, berücksichtigt und abgedeckt werden? Welche Reformen sind notwendig, damit der Einzelne ausreichend

Ressourcen zur Verfügung hat, um selbst vorsorgen und sich gegen Risiken absichern zu können? Wie lassen sich die „Übergänge“ im Leben (Familie, Beruf, Alter, Bildung) erleichtern und abfedern?

Drittens: Die Einrichtungen des Sozialstaats denken bisher zu einseitig vom einzelnen Erwerbstätigen und der „Normalerwerbsbiographie“ her. Durch welche Reformen können sie mehr auf die Sicherung der Gemeinschaftsformen, insbesondere der Familie, abstellen, in denen diese Einzelnen leben, ohne dabei die Freiheit der Einzelnen zu sehr einzuschränken? Wie könnten Formen gemeinschaftlicher Solidarität, wie die Versorgung von Kindern, die Pflege von Angehörigen oder die Nachbarschaftshilfe bei der Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme stärker berücksichtigt werden?

Viertens: Der deutsche Sozialstaat ist im Gegensatz zu anderen europäischen Gesellschaften immer transferlastiger geworden. Die Förderung unterstützender Dienstleistungen wurde vernachlässigt. Wie können – über finanzielle Transfers hinaus – soziale Probleme durch tatkräftige Unterstützung und Beratung gelöst werden? Wie kann die Erziehungsarbeit der Eltern stärker unterstützt werden, etwa durch den Ausbau von Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen? Wie können durch neue Formen der Lebens-, Bildungs- und Berufsberatung und die gezielte Förderung bürgerschaftlichen Engagements auch in Deutschland neue Akzente gesetzt werden?

Meine Damen und Herren,

diese Fragen weisen in eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, aber auch in eine deutliche Kritik des Wohlfahrtsstaates. Reformen brauchen wir nicht nur, weil zuwenig Geld da ist, sondern vor allem, um die ethischen Kernbestände der Sozialen Marktwirtschaft neu zu buchstabieren. Reformen werden wir aber nur ermöglichen durch politische Effizienz. Die Krise des Sozialstaats und die politische Krise können nur zusammenhängend überwunden werden.

Was ich hier leider nur skizzenhaft vortragen konnte, ist einem Memorandum oder Impulspapier entnommen, das die zuständige Kommission der Deutschen Bischofskonferenz in Kürze vorstellen und zur Diskussion stellen wird. Darin soll aufgezeigt werden, dass eine nachhaltige Reform unseres Sozialstaates nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Der deutsche Sozialstaat umfasst derzeit fast ein Drittel des Bruttosozialprodukts. Sein Umbau ist ein langwieriger und komplexer Prozess, der sich nur im Horizont von Jahrzehnten erfolgreich bewerkstelligen lässt. Es gibt keine Patentrezepte, die sich einfach durchsetzen ließen. Die derzeit üblichen kurzfristigen Maßnahmen haben nur begrenzten Wert und tragen vor allem nicht zu einem sich verstetigenden Reformpfad, sondern zur sozialen Unsicherheit bei. Auch ist der Eindruck falsch, alle Lösungen seien schon bekannt und es bestünde nur ein politischer Umsetzungsstau. Viele Wege werden wir erst im Umbau selbst genauer sehen können.

Es geht also nicht nur um einzelne Maßnahmen und kurzfristige Anpassungsreformen. Was jetzt ansteht, sind ein Wandel der Mentalitäten und eine gemeinsame Neubesinnung auf Grundlagen, Werte und Ziele des Zusammenlebens in einer Zeit des Wandels und der Krise und das heißt immer auch: In einer Zeit der Gefahren und der Chancen.

Gesucht wird eine „Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land“, die vom Menschen und vom Ganzen her denkt. Sie bricht die Dominanz partikularer Interessen auf und stellt die Wahrnehmung

und Bewertung in umfassende Zusammenhänge. Die kollektiven Missverständnisse und die geplatzten Wohlstandsillusionen haben als Grundmelodie den Vorrang des Bestehenden vor dem Künftigen, der Interessen von heute vor den Interessen von morgen. Mehr Nachhaltigkeit macht eine vollständige Umorientierung notwendig. Diese Umorientierung muss auch den Stil der öffentlichen Debatten betreffen: Die einzelnen Gruppen müssen ihre Präferenzen offen legen. Entweder müssen sie klar sagen, dass höhere staatliche Leistungen auch zu höheren Beiträgen und Steuern führen, oder sie dürfen, wenn sie sich für Senkungen von Steuern und Beiträgen einsetzen, nicht verheimlichen, dass sie zugleich die Leistungen kürzen werden. Höhere Leistungen bei weniger Belastungen: das wird nicht gelingen.

Was jetzt ansteht, ist eine Änderung von Verfahrensweisen, ist das Einschlagen und Beschreiten eines sich verstetigenden Reformpfades, damit Reformen in unserem Land kontinuierlich möglich werden.

Damit die Menschen in unserem Land eine gute Zukunft und Hoffnung haben.